

Ä4

Antrag

Initiator*innen: Zuri Klaschka

Titel: Ä4 zu A2: Gegen neurechte
Diskursverschiebung in der Lehre

Antragstext

Von Zeile 15 bis 26 löschen:

~~4. Wir fordern Benjamin Hasselhorn dazu auf, eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, nicht unter einem Pseudonym in der „Sezession“ veröffentlicht zu haben und die Vorwürfe vor Gericht klären zu lassen. Diese Forderung erheben wir, da wir der Analyse der Konrad Adenauer Stiftung zustimmen, nach der Benjamin Hasselhorn unter seinem vermeintlichen Pseudonym im Diskurs der Neuen Rechten dafür eintrat, dass eine "metapolitische Delegitimierung [des liberalen Systems] im Sinne einer radikalen Alternative [einer populistischen Massenmobilisierung] vorzuziehen sei. Diese müsse mit dem Mehrheitsprinzip brechen und eine neue Elitenherrschaft begründen." (Konrad Adenauer Stiftung) Eine solche Haltung ist absolut unvereinbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und verlangt nach endgültiger Klärung durch Herrn Hasselhorn.~~

Begründung

Zunächst bin ich als juristische Laiin unsicher, ob es überhaupt möglich wäre, in diesem Fall eine Feststellungsklage durchzuführen (meines Laienwissens erfordert eine Feststellungsklage die Hinterfragung des Bestehens eines Rechtsverhältnisses – dass die Autor*innenschaft unmittelbar ein solches darstellt wäre mir neu, ich lasse mich da aber gerne eines Besseren belehren).

Davon aber einmal abgesehen halte ich es, wenn entsprechende Vorwürfe stichhaltig sind, durchaus für möglich, diese begründend für den Antrag zu zitieren. Es ist aber in meinen Augen weder zielführend, noch im Rahmen unseres Mandats, eine Einzelperson zu einer gerichtlichen Feststellung aufzufordern.

Diese Forderung führt (wie ich fürchte schon alleine mit ihrer Aufnahme in einen Antrag, umso mehr aber, falls dies beschlossen wird) zu einer Bindung der sehr begrenzten ehrenamtlichen Ressourcen des SSRs an ein Unterfangen, welches den Studierenden keinen effektiven Mehrwert bietet und im Gegenteil die Umsetzung der anderen (ggf. zielführenden) Forderungen durch Verschiebung des öffentlichen Diskurses deutlich erschwert.